



## Beschluss

der 20. Landesdelegiertenversammlung der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW

## **Nordrhein-Westfalen – Starker Standort mitten in Europa**

Europa ist als Friedensprojekt ein historischer Erfolg und gleichzeitig von großer wirtschaftlicher Bedeutung, auch und vor allem für Nordrhein-Westfalen:

Mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vor 65 Jahren und der Schaffung eines gemeinsamen Marktes wurde der Grundstein für die Europäische Union und den heutigen Binnenmarkt gelegt. Der historische Erfolg der europäischen Integration beruht darauf, dass sich die freiheitliche Idee der Stärkung des Binnenmarktes und des Freihandels überwiegend durchgesetzt hat, und hängt auch in Zukunft davon ab, dass mit dem Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell der Sozialen Marktwirtschaft wertvolle Wachstumsimpulse für Europa gesetzt werden. Planwirtschaftliche, zentralistische und interventionistische Integrationsvorstellungen widersprechen diesem ordnungspolitischen Kompass. Die EU ist so zum weltweiten Muster für eine friedliche und wirtschaftlich erfolgreiche Zusammenarbeit geworden und bietet sichere und verlässliche Rahmenbedingungen, grenzüberschreitend Geschäfte zu betreiben.

Freier Handel und Arbeitsteilung sind wichtige Grundlagen wachsenden Wohlstandes, gerade auch in Nordrhein-Westfalen. Ein weiterer großer Vorteil des EU-Binnenmarktes ist die Entbürokratisierung durch EU-weit einheitliche Normen. Eine EU-Zulassung ersetzt 28 nationale Zulassungen. Gerade der exportierende Mittelstand in Nordrhein-Westfalen kennt die Vorteile, in einem gemeinsamen Markt zu liefern statt in 28 unterschiedlich regulierte Einzelmärkte.

Die Entwicklungen des letzten Jahrzehnts durch Banken-, Finanz- und Staatsschuldenkrise, die Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten, die veränderte geopolitische Ausgangslage und nicht zuletzt der Brexit stellen die Gemeinschaft vor große Herausforderungen. Diese Herausforderungen erfordern neue Lösungen. Wichtig ist dabei aber, dass notwendige Reformen im Geiste der Subsidiarität erfolgen und die Verantwortlichkeit der verschiedenen Institutionen klarer und transparenter wird. Unser Bundesland muss hier gestalten und mitwirken, um Europa weiterhin stark zu erhalten und gleichzeitig Subsidiarität zu sichern.

Wäre Nordrhein-Westfalen ein eigener Staat, stünde er gemessen am Bruttoinlandsprodukt EU-weit an siebter Stelle, hinter den Niederlanden und vor Schweden (Deutschland auf Platz eins). Unser Bundesland als Industrie- und Exportland profitiert vom europäischen Binnenmarkt, der Personenfreizügigkeit, freiem Dienstleistungs- und Warenaustausch.

Der größte Absatzmarkt für den nordrhein-westfälischen Außenhandel sind nicht die USA (Platz 4), nicht China (Platz 6), nicht einmal Frankreich (Platz 2), sondern die Niederlande.

Gleichzeitig bleibt viel zu tun, um den nordrhein-westfälischen Wirtschaftsstandort im europäischen und internationalen Wettbewerb zukunftsfähig zu machen. Dafür bezieht die MIT mit diesem Leitantrag Position.

### **NRW als starker Standort in Europa, NRW als starke Stimme in Europa**

- Eine Reformpolitik für mehr Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit ist ein erster Schritt, um in den europäischen Volkswirtschaften Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen. Wir in Nordrhein-Westfalen müssen wieder Motor des Wohlstands sein. Unabhängig von der Betriebsgröße sind Produktionsarbeitsplätze in Mittelstand und Industrie Ausgangspunkt für eine neue, digital getriebene Reindustrialisierung.
- Von unseren zehn größten Märkten liegen acht in der EU. Daher begrüßen wir die klare Ausrichtung der neuen Landesregierung auf den Ausbau der

grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit unseren direkten Nachbarn als Querschnittsaufgabe aller Ressorts. Gute Beispiele dafür aus dem Koalitionsvertrag 2017 sind die Ziele binationale Berufsabschlüsse, grenzüberschreitende Studiengänge und ein Abkommen zur grenzüberschreitenden medizinischen Notfallhilfe.

- Die Landesregierung hat in diesem Koalitionsvertrag vereinbart, die Interessen Nordrhein-Westfalens auch in Brüssel und Berlin stärker zu vertreten. Das ist ein richtiger Schritt, um frühzeitig an europäischen und internationalen Entwicklungen teilzuhaben und im Sinne unseres Landes Einfluss zu nehmen. Dazu müssen die NRW-Vertretungen mehr als bisher zu wichtigen Vertretern der Interessen unserer Wirtschaftsregion werden.
- Eine aktive Außenwirtschaftspolitik mit unseren Partnern in Übersee ist ebenso wichtig wie mit den EU-Ländern. Wir wollen NRW.Invest zu einem europa- und weltweit renommierten Akteur machen. Attraktiv für Investoren ist man, wenn man auch international gut aufgestellt ist.
- Überbordende Bürokratie ist inzwischen vielfach kaum noch akzeptabel und wird zunehmend zur Belastung. Sie hemmt den Zugang zu Auftragsvergaben und deren Abwicklung. Sie verlängert die Dauer von Infrastrukturprojekten in Deutschland und in Europa. Dies stellt eine besondere Herausforderung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), aber auch für die Regierungen dar. Ein Europa, in dem Infrastruktur- und Entwicklungsprojekte nicht zügig umsetzbar sind, wird im weltweiten Wettbewerb zurückfallen.  
Wir wollen, dass nicht jedes diskutierte Bedenken zu einer gesetzlichen Regulierung führt. Politik im Land, im Bund und in Europa muss hier umsteuern. Ein europäischer Normenkontrollrat mit entsprechenden Kompetenzen wäre in der Lage, wachsende Bürokratie einzudämmen.
- Das deutsche Erfolgsmodell heißt Mittelstand. Die knapp 23 Millionen mittelständischen Unternehmen in den Mitgliedstaaten werden in unterschiedlicher Art und Weise von der EU-Politik beeinflusst. Aber kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) stehen weiterhin nicht im Zentrum der

politischen Aufmerksamkeit. Das Land Nordrhein-Westfalen muss sich in Europa für kleine und mittlere Unternehmen stark machen und eine europäische Politik einfordern, die die Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen stärkt und ihnen faire Wettbewerbsbedingungen verschafft.

- Chancen für mehr Wettbewerbsfähigkeit in Europa bietet auch die bessere Vernetzung von Bildung. In Deutschland hat sich das System der dualen Berufsausbildung bestens bewährt, um junge Menschen auf den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Erfahrung in Europa zeigt: Je besser die duale Berufsausbildung aufgestellt ist, desto geringer ist die Jugendarbeitslosigkeit und desto größer sind die Chancen, junge Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Nordrhein-Westfalen muss sich daher gegen jeden Versuch der Europäischen Union stemmen, das System der Berufsausbildung und insbesondere den Meisterbrief zu schwächen und das Heil in einer allumfassenden Akademisierung zu suchen. In Nordrhein-Westfalen forschen und lehren Wissenschaftler an 70 Hochschulen, 50 außeruniversitären Forschungseinrichtungen, 12 Max-Planck-Instituten, 13 Fraunhofer-Instituten, 11 Leibniz-Instituten, 3 Forschungszentren der Helmholtz-Gemeinschaft und an der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft. Entscheidend für eine positive Entwicklung unserer Bildungs- und Forschungslandschaft ist, wie Spitzenforschung und der Wissensaustausch zwischen Forschung, Lehre und Praxis in der Wirtschaft unterstützt wird. Im Umfeld von starken technischen Hochschulen siedeln sich auch Neugründungen und Spin-offs an. Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE) müssen erhöht werden. Sie sind Grundlage für Innovationen. In Nordrhein-Westfalen betragen die FuE-Aufwendungen 2014 1,98 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Damit lag unser Bundesland knapp unter dem EU-weit angepeilten Investitionsziel von 2 Prozent. Je 100.000 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten wurden 2014 in NRW 84 Patente angemeldet. In Baden-Württemberg mit FuE-Aufwendungen von 4,91 Prozent wurden im selben Jahr 287 Patente (pro 100.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte) angemeldet.

Dabei muss sich Bildung auf den europäischen und globalen Arbeitsmarkt einstellen. Neue Berufsbilder, moderne Arbeitsorganisation, innovative Führungsstrukturen in der Wirtschaft werden das weitere 21. Jahrhundert prägen. Europäische Freizügigkeit zwischen den Arbeitsmärkten wird nur dann von den Menschen als Vorteil empfunden, wenn sie auch stattfindet und damit erlebbar wird. Als konkretes Beispiel wollen wir eine engere Zusammenarbeit der Arbeitsmarkt- und Arbeitsvermittlungsinstitutionen mit den europäischen Nachbarländern vorantreiben. Wir wollen keine europäischen Steuern und keine europa-zentralistische Sozialpolitik – aber wir brauchen einen leichten Zugang zu den Arbeitsmärkten für die Menschen in Europa unter Wahrung der Berufszugangsregelungen in den Mitgliedsstaaten.

## **7 Punkte für ein besseres Europa**

- 1. Klare Spielregeln** – Das Vertrauen der Bürger in die Europäische Union basiert darauf, dass klare Spielregeln und nachvollziehbare Zuständigkeiten eingehalten werden. Nur so gewinnen wir die Menschen für die europäische Idee.
- 2. Wettbewerb** – Konkurrenz der europäischen Regionen und Nationalstaaten untereinander ist keine Gefahr sondern Chance. Sie hält uns an, besser und innovativer zu werden. Deswegen ist Vereinheitlichung nur dort sinnvoll, wo sie Erleichterungen für Bürger und Wirtschaft schafft und die Eigenverantwortlichkeit der Menschen nicht beschneidet. Das Beste soll sich durchsetzen, nicht das Mittelmaß.
- 3. Globaler Erfolgsanspruch** – Kooperation in Europa ist das Erfolgsrezept, nicht Abschottung. Deswegen stehen wir für ein Europa, das auch dem internationalen Freihandel positiv gegenübersteht und diesen fördert.
- 4. Ein geeintes Europa ohne falschen Zentralismus und Dominanz** – Europäischer Zentralismus ist keine Antwort auf die anstehenden Herausforderungen. Auch die Vorstellung, dass einzelne Nationalstaaten eine

dominante Stellung einnehmen sollten, ist abwegig. Unsere Freunde in den anderen europäischen Staaten bauen darauf, dass wir gemeinsam zu einer starken Wirtschaftsregion werden. Nur so ist auch dort mehr Begeisterung für die europäische Idee zu erwarten.

## **5. Konzentration auf das Wesentliche**

Wir wollen ein Europa, das sich auf die Aufgaben konzentriert, für die es Europa braucht. Hierzu gehören die Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und kein Schuldenkollektivismus, mehr gemeinsame sicherheitspolitische Verantwortung, Grenzsicherung, Steuerung der Einwanderung, Erleichterung des Handelsaustauschs und Vereinheitlichung von Standards für die Wirtschaft. Wir wollen aber kein Europa, das immer mehr Kompetenzen an sich zieht und damit die nationalstaatliche, föderale oder kommunale Ebene oder andere Formen der Selbstverwaltung schwächt. Wir wollen ein Europa, in dem die Vielfalt und der Wettbewerb der Lösungen gewährleistet werden. Deshalb wenden wir uns gegen Versuche wie die Anfang 2017 lancierte Dienstleistungsrichtlinie, die insbesondere in der Bildungspolitik zu einer Aushöhlung dezentraler Zuständigkeiten geführt hätte. Deshalb wenden wir uns auch gegen Versuche, die Sozial- und Tarifpolitik zu europäisieren oder die haushalts- und wirtschaftspolitische Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten zu schwächen und umfassende Umverteilung zwischen den Mitgliedstaaten zu organisieren. Dies würde das Demokratieprinzip schwächen und zu Verantwortungslosigkeit einladen. Wir brauchen in Europa eine entschiedene Aufgabenkritik, die dem Subsidiaritätsprinzip wieder mehr Geltung verschafft. Nur so wird Europa Vertrauen zurückgewinnen.

Nicht die Angleichung der Lebensverhältnisse (Sozialunion), sondern ihre Verbesserung durch wirtschaftlichen Fortschritt soll erstes Ziel der Europäischen Union sein.

## **6. Neue Industrialisierung durch Digitalisierung**

Europa soll einer der erfolgreichsten globalen Standorte bleiben und als solcher wachsen. Deswegen ist Reindustrialisierung ein wichtiges Ziel. Aber diese Reindustrialisierung ist keine Industrialisierung der Schlote und der Schlackehalden. Ohne Digitalisierung wird es keine neue Industrialisierung, hin zu den Fabriken der Zukunft und der innovativen Prozesse in der Produktion

von Hightech-Gütern, geben. Nordrhein-Westfalen muss ein Taktgeber in diesem disruptiven Prozess werden, denn nur dann entstehen hier – ebenso wie in anderen Regionen Europas – auch moderne Arbeitsplätze.

## **7. Ein neuer Europäischer Geist**

Europa ist eine Wirtschafts- und Wertegemeinschaft, in der auch Staaten ihren Platz haben, die einige Regulierungen und Vereinheitlichungen nicht oder nicht sofort mitmachen wollen. Hierzu gehört auch, dass der Euro keine Zwangsveranstaltung für alle EU-Mitglieder werden darf. Der Euroraum sollte vielmehr eine freiwillige Gemeinschaft von solchen Staaten sein, die Interesse an einer stabilen Währung haben und bereit sind, sich deshalb auch der Disziplin der dafür notwendigen Regeln zu unterwerfen. Nicht alle Integrationsschritte müssen von allen Mitgliedstaaten vollzogen werden. Wir müssen Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und Frieden wieder in den Mittelpunkt rücken. Daran soll Nordrhein-Westfalen konstruktiv mitwirken. Dann profitieren auch unsere Wirtschaft und unsere Menschen von mehr Wachstum durch mehr Europa.